

# Unsere Zukunft gestalten

Konkrete politische Empfehlungen und Forderungen für eine kohärente und gerechte Klimapolitik und wichtige Voraussetzungen auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene

# The Future We Want



Klima-Bündnis



# Gutes Leben und die Transformation unserer Welt

Klimagerechtigkeit bedeutet gemeinsam Verantwortung zu übernehmen – Fairness und Nachhaltigkeit statt Ungerechtigkeit und Raubbau. Alle Politikbereiche tragen eine Mitverantwortung für unsere Zukunft und jede politische Entscheidung hat globale Auswirkungen, die wir berücksichtigen müssen.

Das Konzept der „Politikkohärenz für Entwicklung“ (engl. PCD) wird als das Zusammenwirken und abgestimmte Handeln verschiedener Politikfelder zur Erreichung eines übergeordneten Ziels bezeichnet. In internationalen Abkommen, wie dem Übereinkommen von Paris und der Agenda 2030, wird die Bedeutung politisch kohärenter Handlungen betont. Auch die EU spricht sich in ihrer Antwort auf die Agenda 2030 dafür aus, die Nachhaltigkeitsziele auf kohärente, umfassende, ganzheitliche und wirksame Art und Weise in enger Zusammenarbeit mit sämtlichen Akteuren umzusetzen.<sup>1</sup> Das EU-Positionspapier zu indigenen Völkern bestätigt genau diesen Ansatz, betont den menschenrechtlichen Ansatz der Agenda und hebt die wichtige Rolle der ILO-Konvention Nr. 169 hervor.<sup>2</sup> Würden bestehende Gesetze

und internationale Abkommen kohärent eingehalten werden, wäre der Weg in eine nachhaltige Zukunft gesichert. Ein Blick in die politische Praxis zeigt jedoch: Viele Behörden und Ministerien auf europäischer oder nationaler Ebene arbeiten nicht miteinander sondern haben gegensätzliche Interessen. Wachstum und Profit gehen oft vor Gerechtigkeit und Menschenrechte.

Globale Partnerschaften können dazu beitragen dies zu verhindern und Gerechtigkeit und die Einhaltung von Menschenrechten fördern. Die Agenda 2030, mit dem ehrgeizigen Anliegen zur „Transformation unserer Welt“ beizutragen, und dem Prinzip niemanden zurück zu lassen (leave no one behind), bekräftigt die Bedeutung solcher Partnerschaften. Eine nachhaltige Transformation muss auf Kooperation und enger Zusammenarbeit aller Akteure basieren. Seit der Gründung des Klima-Bündnis verfolgen wir genau diesen Ansatz: Brücken bauen zwischen indigenen Völkern und europäischen Kommunen.

Als Schlüsselakteur für die Umsetzung der wichtigsten internationalen Abkommen der letzten Jahre, dem Pariser Klimaschutz-

abkommen, der Agenda 2030 und der Neuen Urbanen Agenda, wird stets die lokale Ebene betont. Wichtige Akteure dabei sind Städte und Gemeinden sowie indigene Völker, da sie die Transformation lokal gestalten. Über zwei Drittel der Nachhaltigkeitsziele (SDGs) können nur mit konkreten Aktivitäten der lokalen und regionalen Ebene erreicht werden.

Entscheidend dafür ist es, die Ziele in europäische, nationale und auch regionale / lokale Strategien zu integrieren sowie die Rahmenbedingungen für deren Umsetzung zu schaffen. Der neue europäische Konsens über die Entwicklungspolitik bestätigt nachhaltige Entwicklung als Zukunftsvision und legt eine Strategie zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele dar.<sup>3</sup> Eine Aktualisierung der EU-Nachhaltigkeitsstrategie steht jedoch noch aus.

Politische Kohärenz und die damit einhergehende Verbindung zwischen verschiedenen Konzepten und Politiken, entspricht auch dem Ansatz des Klima-Bündnis: Effektiver Klimaschutz muss neben Umweltaspekten auch soziale und ökonomische Aspekte berücksichtigen.

# Politische Empfehlungen und Forderungen für eine zukunftsfähige Entwicklung

**Auf der UN-Klimakonferenz COP21 im Dezember 2015 wurde das Pariser Klimaabkommen verabschiedet, dessen erklärtes Ziel es ist, die globale Erwärmung „deutlich unter 2 Grad“ zu senken und möglichst die 1,5 Gradmarke anzustreben.**

**Mit den vor der Konferenz vorgestellten nationalen Aktionsplänen werden diese Ziele nicht erreicht werden können, das hat auch das Klimasekretariat festgestellt. Die Rolle der lokalen Ebene erhält dadurch eine noch zentralere Bedeutung als wichtige Ergänzung zur nationalen Ebene.**

**Die ILO-Konvention Nr. 169, „Übereinkommen über indigene und in Stämmen lebende Völker in unabhängigen Ländern“, ist bis heute die einzige internationale Norm, die den indigenen Völkern rechtsverbindlichen Schutz und Anspruch auf eine Vielzahl von Grundrechten garantiert. Die Unterzeichnerstaaten der ILO 169 verpflichten sich, das traditionelle Wissen sowie die Innovationen und Praktiken indigener und lokaler Gemeinschaften zur Bewahrung und nachhaltigen Nutzung der biologischen Vielfalt zu respektieren, zu schützen und zu erhalten. Damit einher geht das Prinzip der „freien, vorherigen und informierten Zustimmung“ (free, prior and informed consent, FPIC), welches die Mitsprache indigener Völker bei der Erarbeitung und Umsetzung sie betreffender Gesetze und Verordnungen in ihren Territorien sicherstellen soll. Mit der ILO Nr. 169 geht die UN-Deklaration über die Rechte indigener Völker (UNDRIP) sowie Artikel 8 (j) des Übereinkommens über die Biologische Vielfalt (Biodiversitätskonvention, CBD) einher.**

Um eine kohärente Politik umzusetzen, hat das Klima-Bündnis, gemeinsam mit Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus ganz Europa sowie indigenen PartnerInnen Amazoniens, politische Empfehlungen und Forderungen für die lokale, nationale und europäische Ebene entwickelt. Diese basieren auf der langjährigen Erfahrung in der Kooperation mit indigenen Völkern und den Kommunen in Europa sowie den Schlussfolgerungen aus Delegationsreisen zwischen Europa und Amazonien. Im Einklang mit den Prinzipien des Klima-Bündnis für einen effektiven Klimaschutz, streben wir eine kohärente Politik auf allen Ebenen an, die fair, naturkonform lokal, ressourcenschonend und vielfältig ist.

**Diese Empfehlungen und Forderungen werden auf den umliegenden Seiten vorgestellt.**

# Förderung erneuerbarer Energien für alle



Bezahlbare und saubere Energie ist ein wichtiger Motor für nachhaltige Entwicklung. Die Herausforderung besteht darin, die Nachfrage nach nachhaltiger Energie mit deren Einfluss auf Umwelt und natürliche Ressourcen in Einklang zu bringen. Aktuell basiert über die Hälfte des Verbrauchs erneuerbarer Energien in der EU auf Biokraftstoffen wie Palmöl. Dies hat inner- und außerhalb der EU zu einem erhöhten Druck auf Wälder und Landwirtschaft sowie zu höheren Treibhausgasemissionen geführt. Die Reduktion von energieverursachten Emissionen erfordert eine generelle Senkung des Energiebedarfs sowie eine Wende zu integrierten erneuerbaren Energiesystemen, die auf einer Mischung aus Solar-, Wind-, Gezeiten- und kleinformatiger Wasserenergie basieren. Eine Senkung des Energieverbrauchs bedeutet zunächst, weniger Energie zu nutzen, und das, was benötigt wird, effizienter einzusetzen.

Im Vergleich zu fossilen Brennstoffen, die von Wachstum, Zentralisierung und Ressourcenabbau abhängig sind, ermöglichen erneuerbare Energien angepasste dezentrale Systeme. Um ihre Nachhaltigkeit sicherzustellen, müssen alle Projekte egal welcher Größenordnung mit internationalen Gesetzen und Verpflichtungen

zu Umweltschutz, Menschenrechten und nachhaltiger Entwicklung übereinstimmen.

Im Unterschied zu Megaprojekten verringern dezentrale kleinformatige Systeme die Abhängigkeit der Kommunen von Energieimporten sowie die Notwendigkeit von aufwendigen Infrastrukturen. So können auch ökologische Schäden vermindert werden.

Indigene Territorien, die sich in ressourcenreichen Gebieten befinden, sind besonders anfällig für die Schäden, die durch Rohstoffförderung verursacht werden. Eine globale Wende zu erneuerbaren Energien und die Entscheidung, fossile Ressourcen im Boden zu lassen, wären ein Schritt diese Gebiete zu schützen. Bei der Umsetzung von Projekten in indigenen Gebieten ist die Beachtung des Prinzips der freiwilligen, vorherigen und informierten Zustimmung („Free Prior and Informed Consent“, FPIC), wie in der ILO-Konvention 169 definiert, zu berücksichtigen.

**Vor diesem Hintergrund stellen wir die folgenden Empfehlungen und Forderungen an die EU, die nationale, regionale und lokale Ebene**

## EU-Ebene

- Das EU-Ziel für den Verbrauch erneuerbarer Energien auf 40 % im Jahr 2030 erhöhen
- Eine verbindliche Zielsetzung von 40 % Energieeffizienz<sup>4</sup> für das Jahr 2030 in der überarbeiteten EU-Energieeffizienz-Richtlinie (EED) verabschieden
- Gebäude mit geringerem Energiebedarf in Übereinstimmung mit dem Passivhausstandard<sup>5</sup> fördern, anstatt, wie in der überarbeiteten EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (EPBD), den Schwerpunkt auf die Nutzung von intelligenten Technologien in Gebäuden zu legen
- Das Recht auf Eigenproduktion und Selbstverbrauch von Energie in die Reform der EU-Erneuerbare-Energien-Richtlinie (EG) einbeziehen
- Stufenweiser Abbau der Verwendung pflanzlicher Öle, besonders jener, welche die Entwaldung vorantreiben, als Bestandteil in Biokraftstoffen bis 2020<sup>6</sup>

## Nationale Ebene

- Einen politischen Rahmen und geeignete Finanzierungsmechanismen für ein nachhaltiges und dezentrales Energiesystem etablieren
- Das Recht auf Eigenproduktion und Selbstverbrauch von Energie in nationaler Energiegesetzgebung garantieren
- Komplementarität zwischen der lokalen und nationalen Ebenen in Klimaschutzstrategien / -plänen berücksichtigen
- Investoren in erneuerbare Energien auffordern, den Projektkapitalerwerb und dessen Steuerung für die Beteiligung von BürgerInnen und Kommunen zu öffnen
- Vereinfachte Strukturen für die Genehmigung von kleinen bis mittelgroßen Projekten zu erneuerbaren Energien einführen
- Maximale Energieeffizienz in Neubauten und sanierten Altbauten in Übereinstimmung mit dem Passivhausstandard fördern
- Das Prinzip der Kaskadennutzung im Verbrauch von Holz als Biomasse-Ressource respektieren
- Die Verwendung von Holz zum Energiegewinn einschränken

## Regionale und lokale Ebene

- Energiesuffizienz anstreben
- Lokale Systeme für erneuerbare Energien implementieren
- Maximale Energieeffizienz in öffentlichen Neubauten und öffentlich sanierten Altbauten in Übereinstimmung mit dem Passivhausstandard fördern
- Bürgerbeteiligung fördern und dabei lokale Energieinitiativen und Energiekooperativen stärken

# Erhalt unserer natürlichen Ressourcen



Die Verfügbarkeit und der Zugang zu Ressourcen sind zentrale Elemente einer nachhaltigen Entwicklung und der Bekämpfung von Armut. Sie sind daher auch für die EU wichtige Themen. Gleichzeitig hat der übermäßige Verbrauch von natürlichen Ressourcen in Europa Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft weltweit. Der Raubbau an Ressourcen bedroht Menschen und Ökosysteme in unterschiedlichen Regionen der Welt. Diejenigen, die am stärksten von diesen Ökosystemen abhängig sind, wie z. B. indigene Völker im Amazonasgebiet, sind besonders gefährdet.

Wälder besitzen vielfältige Funktionen für Umwelt und Gesellschaft. Sie liefern Nahrung, Wasser, Medizin und Schutz und tragen dazu bei natürliche Kreisläufe zu erhalten und die Biodiversität zu sichern. Ihre Rolle als CO<sub>2</sub>-Senke gibt ihnen eine große Bedeutung für die Stabilisierung des Weltklimas.

Der Konsum in der EU trägt jedoch in hohem Maße zur Zerstörung von Wäldern bei. Importe wie Rindfleisch, Soja und beson-

ders Palmöl führen zum Rückgang tropischer Wälder. Zwischen 1990 und 2008 war die EU der größte Importeur von Abholzung in Form von pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen.<sup>7</sup>

Über Jahrtausende haben indigene Völker großflächige Abholzungen verhindert und diese Ökosysteme weitgehend erhalten. Zahlen belegen dies: in etwa 80 % der Gebiete mit der größten Biodiversität der Erde leben auch indigene Völker; 30 % des Kohlenstoffs, der allein in der Amazonasregion gespeichert ist, liegt in indigenen Gebieten.

Auch deshalb müssen indigene Völker dabei unterstützt werden, die Wälder zu erhalten. Eine zentrale Forderung, um das zu erreichen, ist deshalb die gesetzliche Anerkennung ihrer Territorien.

**Vor diesem Hintergrund stellen wir die folgenden Empfehlungen und Forderungen an die EU, die nationale, regionale und lokale Ebene**

## EU-Ebene

- Die Gemeinsame Agrarpolitik (CAP) um die Unterstützung weniger intensiver Produktionssysteme, wie Permakultur und grünlandbasierte Tierhaltungssysteme ergänzen und entsprechend ausbauen
- Sicherstellen, dass Freihandelsabkommen mit Instrumenten zur Förderung nachhaltiger Entwicklung und Menschenrechten übereinstimmen und an relevanten Stellen bindende Verpflichtungen für die Verhinderung von Abholzung einbeziehen
- Die EU-Empfehlungen aus der Resolution des EU-Parlaments über Palmöl<sup>8</sup> einschließlich der Entwicklung eines einheitlichen europäischen Zertifizierungssystems implementieren
- Die transparente Kennzeichnung von Produkten und eine verpflichtende Offenlegung von Informationen zu Lieferketten einführen und eine einheitliche Definition des Begriffs „abholzungsfrei“ sicherstellen
- Nachhaltigkeitskriterien für Futtermittelimporte entwickeln, die Indikatoren für Abholzung und niedrigere Zölle für nachhaltig produzierte Waren umfassen
- Die Durchsetzung der freiwilligen EU-Partnerschaftsabkommen der FLEGT (Forest Law Enforcement, Governance and Trade; Voluntary Partnership Agreements, VPAs)<sup>9</sup> stärken sowie durch landwirtschaftliche Produkte, die auf illegal gerodetem Land produziert wurden, erweitern und sicherstellen, dass sie die Rechte der lokalen und indigenen Gemeinden schützen
- Die Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Regulierung von Eigentums-, Besitz- und Nutzungsrechten an Land, Fischgründen und Wäldern (Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure; VGGT) innerhalb des FLEGT-Rahmens verbindlich machen
- Die ILO-Konvention Nr. 169 ratifizieren und Mitgliedsstaaten, die diese noch nicht ratifiziert haben, ermutigen, dies zu tun
- Indigene Alternativen wie das indigene REDD+ (RIA) in internationalen Vereinbarungen anerkennen und deren Einbeziehung unterstützen

## Nationale Ebene

- Gerechte und nachhaltige öffentliche Beschaffungspolitik priorisieren
- In allen öffentlichen Beschaffungsverfahren dazu verpflichten, wenigstens ein EU-Kernkriterium zur öffentlichen umweltfreundlichen Beschaffung (GPP) zu berücksichtigen
- Höhere Steuern auf Waren mit hohen Auswirkungen auf die Abholzung<sup>10</sup> einführen
- Indigene Völker als direkte Partner in der Entwicklungszusammenarbeit anerkennen
- Indigene Alternativkonzepte anerkennen und in Entwicklungsprogramme einbinden
- Die ILO-Konvention Nr. 169 ratifizieren

## Regionale und lokale Ebene

- Gerechte und nachhaltige öffentliche Beschaffungspolitik priorisieren
- Strategie für nachhaltige Nahrungsketten mit Fokus auf gerechte, lokale und saisonale Lebensmittel bei gleichzeitiger Reduktion von Abfall etablieren
- Territoriale Planungsstrategien für die nachhaltige Verwaltung lokaler Ressourcen einschließlich des Waldes entwickeln



# Investitionen zur Unterstützung unserer Ziele lenken



In den letzten Jahren sind wir Zeugen der Auswirkungen des Klimawandels, wirtschaftlicher und politischer Ungleichheiten, dem Schwinden natürlicher Ressourcen, einem erhöhten Energieverbrauch und zunehmender Migrationsbewegungen geworden. Das aktuelle Wirtschaftsmodell, basierend auf ungebremstem Wachstum und Ressourcenabbau, ist Haupttreiber dieser Entwicklungen.

Die Steuerung von Finanzströmen in eine nachhaltigere Richtung ist deshalb ein wichtiger Ausgangspunkt für Veränderungen. Abhängig davon, wie sie beeinflusst werden, können Investitionen eine nachhaltige Zukunft entweder

hemmen oder unterstützen. Die EU, ihre Mitgliedsstaaten und Kommunen können zu gerechteren, ressourcenschonenden und naturkonformen Wegen beitragen, indem sie risikoreiche Anlagen vermeiden und ethisch und ökologisch negative Investitionen unterlassen. Internationale Finanzströme müssen mit langfristigen Strategien für Klima und nachhaltige Entwicklung übereinstimmen.

**Vor diesem Hintergrund stellen wir die folgenden Empfehlungen und Forderungen an die EU, die nationale, regionale und lokale Ebene**

## EU-Ebene

- Alle Investitionen unterbinden, die fossile Brennstoffe fördern sowie Firmen, die Menschenrechte verletzen und zum Klimawandel oder zur Umweltzerstörung beitragen
- Von Mitgliedsstaaten die Erarbeitung grundlegender ethischer und ökologischer Standards für Investitionen aus öffentlichen Geldern fordern, wie bei den Kriterien für Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (ESG) festgelegt<sup>11</sup>
- Transparenz bei Investitionen öffentlicher Gelder erhöhen
- Ein EU-Klassifizierungssystem für nachhaltige Anlagen<sup>12</sup> erstellen
- Kohärenz bei der Implementierung der Agenda 2030 durch die Zusammenarbeit mit internationalen Finanzinstitutionen sowie anderen relevanten Interessengruppen<sup>13</sup> maximieren

## Nationale Ebene

- Alle Investitionen unterbinden, die fossile Brennstoffe fördern sowie Firmen, die Menschenrechte verletzen und zum Klimawandel oder zur Umweltzerstörung beitragen
- Kommunen bei der Erarbeitung von Strategien für Divestment und Reinvestment<sup>14</sup> unterstützen
- Die Rechenschaftspflicht und Verantwortung nationaler Muttergesellschaften für gesellschaftliches und umweltbezogenes Fehlverhalten ihrer Tochterfirmen sicherstellen
- Grundlegende ethische, ökologische und soziale Standards und deren verpflichtende Durchsetzung für nationale und subnationale Investitionen etablieren
- Transparente Kontrollmechanismen zur Überwachung von Investitionsbedingungen etablieren und sie in den politischen Rahmen<sup>15</sup> integrieren

## Regionale und lokale Ebene

- Alle Investitionen unterbinden, die fossile Brennstoffe fördern sowie Firmen, die Menschenrechte verletzen und zum Klimawandel oder zur Umweltzerstörung beitragen
- Richtlinien für die Investition öffentlicher Gelder in ökologisch und sozial verantwortliche – vorzugsweise lokale – Anlagen zusammenstellen und weitergeben
- Austausch mit anderen Verwaltungseinheiten über Strategien zu Divestment und Reinvestment

# Prinzipien und Bedingungen für eine zukunftsfähige Entwicklung

Damit die Umsetzung der beschriebenen Empfehlungen und Forderungen gelingt, sind gewisse Prinzipien unabdingbar: Globale Partnerschaften, auf Fairness und Solidarität basierende Kooperationen, Bildungsarbeit und Bewusstseinsbildung, aber auch gesetzliche Rahmenbedingungen wie auch finanzielle

Unterstützung sind entscheidende Bausteine, damit die Transformation unserer Welt gelingen kann. Eine zukunftsfähige Entwicklung, die damit einhergehende Transformation und das Ziel, ein Gutes Leben für alle zu garantieren, fordert uns alle.

## Brücken bauen – lokale Partnerschaften mit globaler Wirkung



Andere Lebenswelten und Realitäten selbst kennenzulernen und den Menschen vor Ort zu begegnen fördert das Verständnis für andere Kulturen, bietet Chancen für gegenseitiges Lernen, motiviert zum Handeln und eröffnet neue Perspektiven für alternative Gesellschaftsstrukturen, Lebensformen und -konzepte. Durch das Klima-Bündnis werden Brücken

zwischen europäischen Kommunen und indigenen Gemeinden gebaut. Diese globalen Partnerschaften sind eine wichtige Möglichkeit für Kommunen, die globale Verantwortung wahrzunehmen und sich nach dem Prinzip der „gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortung“ für Klimagerechtigkeit einzusetzen.

## Fair in die Zukunft – Bildung und Bewusstseinsbildung stärken



Bildung schafft Perspektiven und beeinflusst nachhaltig unser Leben. Bewusstseinsbildung, politische Bildung und eine auf kritischen Perspektiven basierende Fort- und Weiterbildung sind entscheidend um einen gesellschaftlichen Wandel, hin zu sozialer und ökologischer Gerechtigkeit, voranzutreiben. Dabei spielen klassische Bildungseinrichtungen, außerschulische Lernorte und auch Städte und Gemeinden eine wichtige Rolle. Neben Kampag-

nenarbeit und Bildungsangeboten für alle Altersgruppen, ist ein differenzierter und kritischer Blick auf unterschiedlichste Themen für die Herausbildung einer globalen Zivilgesellschaft entscheidend. Transparenz, die Verfügbarkeit von Informationen und die Möglichkeit der Partizipation sind Voraussetzungen für eine gelungene Bewusstseinsbildung und eine umfassende Förderung von Handlungskompetenzen.

## Nachhaltig finanziell unterstützen



Auch die besten Ideen und Empfehlungen können nicht ohne die nötige Finanzierung umgesetzt werden. Um subnationalen Behörden und indigenen Völkern die Möglichkeit zu geben, wirklich etwas zu verändern, müssen Finanzierungsbedingungen an die Realitäten vor Ort angepasst und der Zugang zu Fördermitteln vereinfacht werden. Mit Finanzierungsinstrumenten für externe Kooperation und Unterstützung ist die EU eine Hauptgeber für Kommunen, Regionen wie auch indigene Völker. Die Vereinfachung

der Verfahren und Kriterien unter Berücksichtigung der Besonderheiten der Prozesse auf regionaler / lokaler Ebene und eine vereinfachte Bereitstellung von Geldern für kleinere Projekte sind essenziell für die Verbesserung des Zugangs zu diesen Mitteln. Wir müssen sicherstellen, dass die finanziellen Förderungen der unterschiedlichen Initiativen und Institutionen einen Beitrag zu einer zukunftsfähigen Entwicklung leisten und damit die Umsetzung ehrgeiziger Projekte unterstützen.



# Klimagerechtigkeit – ein ganzheitlicher Ansatz

Nachhaltige Entwicklung bedarf eines Verständnisses davon, dass die Herausforderungen, die vor uns liegen, nicht nur umweltbezogen sondern vermehrt auch sozialer und wirtschaftlicher Natur sind. Die politischen Empfehlungen dieses Dokuments basieren daher auf den Prinzipien des Klima-Bündnis für einen nachhaltigen Klimaschutz:

- FAIR** — für eine Haltung und Handlungsweise, die von Respekt, Transparenz und Partnerschaft geprägt ist.
- NATURKONFORM** — für einen Beitrag zu nachhaltigen, geschlossenen Systemen, welche die Bedürfnisse der Gesellschaft mit der Natur in Einklang bringen.
- LOKAL** — für eine lokale Beschaffung von Waren und Energie.
- RESSOURCENSCHONEND** — für die Nutzung von weniger Ressourcen.
- VIELFÄLTIG** — für eine optimale Nutzung der Unterschiede und vielfältigen Lösungsansätze.

**Unsere Empfehlungen basieren auf einem holistischen Ansatz, den wir als zentral für den Erfolg für einen wirklich nachhaltigen Schutz des Klimas sehen. Durch die Umsetzung dieser politischen Empfehlungen und dem Streben nach politischer Kohärenz, befinden wir uns auf einem guten Weg, die Transformation unserer Welt zu gestalten und ein gutes Leben für alle zu erreichen!**



Klimabündnis Österreich zu Besuch in einer Gemeinde am Rio Negro, Brasilien

# Anhang

- <sup>1</sup> Eine nachhaltige europäische Zukunft: Die Antwort der EU auf die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – Schlüsse des Rates („A sustainable European future: The EU response to the 2030 Agenda for Sustainable Development - Council conclusions“) (20. Juni 2017).
- <sup>2</sup> Schlussfolgerungen des Rates zu indigenen Völkern (Mai 2017), Grundlage: Implementing EU External Policy on Indigenous Peoples (Oktober 2016)
- <sup>3</sup> „The new European consensus on development – our world, our dignity, our future“ (Juni 2017)  
<http://bit.ly/2w2YEbQ>
- <sup>4</sup> Resolution des europäischen Parlaments vom 23. Juni 2016 zur Implementierung der Energieeffizienzrichtlinie  
<http://bit.ly/2gBxgMb>
- <sup>5</sup> „Aktiv für mehr Komfort: Passivhaus“ („Active for more comfort: Passive House“)  
<http://bit.ly/2wBVklo>
- <sup>6</sup> Resolution des europäischen Parlaments vom 4. April 2017 über Palmöl und Abholzung von Regenwäldern (2016/2222(INI))  
<http://bit.ly/2iY24eG>
- <sup>7</sup> Die Auswirkungen des EU-Verbrauchs auf Abholzung („The impact of EU consumption on deforestation“), technischer Bericht 2013  
<http://bit.ly/1IKhwz>
- <sup>8</sup> Resolution des europäischen Parlaments vom 4. April 2017 über Palmöl und Abholzung von Regenwäldern (2016/2222(INI))  
<http://bit.ly/2iY24eG>
- <sup>9</sup> Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor („Forest Law Enforcement, Governance and Trade“, FLEGT) zielt auf die Verringerung illegaler Abholzung durch die Stärkung nachhaltigen und legalen Forstmanagements ab, unter Verbesserung der Politikgestaltung und der Förderung des Handels in legal gewonnenem Holz. Das freiwillige EU-Partnerschaftsabkommen (Voluntary Partnership Agreement, VPA) ist ein rechtlich bindendes Handelsabkommen zwischen der EU und einem Holz produzierenden Land außerhalb der EU. Der Zweck eines „VPA“ ist es, sicherzustellen, dass Holz und Holzprodukte, die aus der EU exportiert werden, aus legalen Quellen stammen. Die Vereinbarungen helfen auch Holz exportierenden Ländern, illegales Abholzen durch verbesserte Regelung und Politikfindung im Forstsektor zu stoppen.

- <sup>10</sup> Die Auswirkungen des EU-Verbrauchs auf Abholzung („The impact of EU consumption on deforestation“), technischer Bericht 2013  
<http://bit.ly/1IKhwlz>
- <sup>11</sup> Die Kriterien für Umwelt, Soziales und Unternehmensführung (Environment Social Governance, ESG) sind eine Sammlung von Standards für die betrieblichen Abläufe einer Firma, welche von Investoren mit Sozialbewusstsein genutzt wird, um Investitionen zu kontrollieren. ESG bezieht sich auf die drei zentralen Faktoren bei der Messung von Nachhaltigkeit und den ethischen Auswirkungen einer Investition in eine Firma oder ein Unternehmen.
- <sup>12</sup> Finanzieren einer nachhaltigen europäischen Wirtschaft, eine High-Level Expertengruppe der EU für nachhaltiges Finanzwesen („Financing a sustainable european economy“, EU High-Level Expert Group on sustainable finance) (Juli 2017)  
<http://bit.ly/2vwQYi7>
- <sup>13</sup> Eine nachhaltige europäische Zukunft: Die Antwort der EU auf die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – Schlüsse des Rates („A sustainable European future: The EU response to the 2030 Agenda for Sustainable Development - Council conclusions“) (20. Juni 2017)
- <sup>14</sup> In Deutschland erwähnt die Publikation des Umweltministeriums „Den ökologischen Wandel gestalten: Integriertes Umweltprogramm 2030“ wiederholt „die Entwicklung eines Kriterienkatalogs für die umweltgerechte Anlage öffentlicher Gelder“.
- <sup>15</sup> In Norwegen sind die ethischen Richtlinien für den Staatlichen Pensionsfonds Ausland („Ethical Guidelines for the Government Pension Fund Global (GPF Global)“) seit 2004 in Kraft und werden vom Ethikrat ausgewertet. Dieser bewertet, ob Investitionen in bestimmte Firmen den ethischen Richtlinien widersprechen.



# Impressum

Veröffentlicht im September 2017



**Klima-Bündnis**

Klima-Bündnis  
Europäische Geschäftsstelle

Galvanistr. 28, 60486 Frankfurt am Main  
T. +49 69 717139-0  
europe@klimabuendnis.org  
klimabuendnis.org

Redaktion: Thomas Brose, Silke Lunnebach, Sara Schmitt Pacifico und Annika Sutter, Klima-Bündnis

Texte: Thomas Brose, Silke Lunnebach, Sara Schmitt Pacifico, Annika Sutter und Madlie Le Bihan, Klima-Bündnis, Clara Weichelt, Dimitra Kyriakopoulou, Anatoliki S.A., Zoltan Hajdu, Focus Eco Center, Erik Fuhlbrugge, Gemeinde Zoersel, Patrícia Kandler, Klimabündnis Österreich, Bernadette-Julia Felsch, Landeshauptstadt München, Gemeinde Sarayaku, Andreas Wolter, Stadt Köln mit Unterstützung und Informationen aller Projektpartner

Korrektur und Lektorat: Janina Wich, Splendid Design Co., Sarah Mekjian, Klima-Bündnis und Denise Dewey (englische Version)

Design und Infografiken: Splendid Design Co. [www.we-are-splendid.com](http://www.we-are-splendid.com)

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier (Blauer Engel)

Fotos:

Seite 1: Reflex / Klima-Bündnis Ungarn  
Seite 11: Patrice Bamberg  
Seite 13: Klimabündnis Österreich

Diese Veröffentlichung wurde mit Unterstützung der Europäischen Union im Rahmen des Projekts „EYD2015: The future we want – Local Authorities for Sustainable Development“ erstellt. Für den Inhalt der Broschüre sind alleine die Herausgeber verantwortlich. Der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Union angesehen werden.



**Gutes Leben ist einfach**  
overdeveloped.eu



Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder e. V. | Alianza del Clima  
Vereinsregistereintragung Amtsgericht Frankfurt am Main, Nr. 10149 | VAT ID: DE244331692 | Vorsitzende: Holger Matthäus und Tine Heyse

